



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/221 - 30.9.1954

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 037 890

Aufrüstung und Lebensstandard

-x - Der Bundeswirtschaftsminister Erhard hat sich laut "Kölnischer Rundschau" wieder einmal für befugt gehalten, vor der amerikanischen Öffentlichkeit zu erklären, die Bundesrepublik vermöchte ihre Aufrüstung selbst zu finanzieren, ohne genötigt zu sein, den Lebensstandard zu senken.

Der gegenwärtige Lebensstandard in der Bundesrepublik war jüngst Anlass vieler Kommentare in den Zeitungen der westlichen Welt zur Streiksituation in Deutschland. Man weiß also dort, dass er einen Vergleich mit den Lebensverhältnissen in den anderen westlichen Ländern, ausgenommen für eine kleine Oberschicht unseres Volkes, nicht aushält. Gerade deshalb war er Gegenstand ernster Sorge der konkurrierenden Wirtschaft unserer westlichen Nachbarn und Anlass zum Vorwurf eines dumpfhaften deutschen Exportes. Diesen Lebensstandard noch zu senken, wäre schlechterdings kaum möglich, wenn man die Leistungsfähigkeit und den Leistungswillen der westdeutschen Arbeitnehmer nicht zerstören will. Dabei liegt die Lebenshaltung der Sozialrentner, um deren Hebung sich selbst die Sozialpolitiker der Koalitionsparteien bei ihren Parteifreunden und der Regierung vergeblich bemühen, noch wesentlich unter dem vertretbaren Durchschnitt. Für den erhöhten Lebensstandard Westdeutschlands ist also angeblich kein Geld da, dafür aber für die Aufrüstung.

Der Bundeswirtschaftsminister stützt sich bei seiner Verlautbarung in den USA sicher auf die in den Unternehmen der Bundesrepublik vorhandenen Kapital-Investitions- und Produktionsreserven für Rüstungszwecke. Man hat sie in Spekulation auf das Gelingen der Wiederaufrüstungspläne der Bundesregierung mit den Mitteln der Lohn-, Preis- und Steuerpolitik dieses gleichen Wirtschaftsministers in Reserve gelegt. So bereitet man ein politisches Geschäft der Bundesregierung und ein finanzielles Geschäft für die Wirtschaft vor. Gelingt es der Bundesregierung weiterhin, die Differenz zwischen der Warenerzeugung und dem privaten Verbrauch in der Bundesrepublik - also den gegenwärtigen niedrigen Lebensstandard - aufrecht zu erhalten, dann dürfte die Vermutung Erhards, dass man diesen Standard nicht zu senken brauche, um die Rüstung zu finanzieren, beinahe zutreffend sein.

Aber dieser Lebensstandard, vor allem jener der Rentner und Sozialleistungsempfänger, kann nicht bleiben, wie er ist; besonders seit wir nun aus berufenem Munde bestätigt erhalten, dass für weniger dringend notwendige Zwecke sowohl im Staatshaushalt wie auch in der Wirtschaft ausreichende Mittel für die Aufbesserung vorhanden sind. Die arbeitende Jugend in der Bundesrepublik hat auf ihrem Kongress kürzlich deutlich gemacht, dass sie soziale Aufrüstung für dringlicher hält als militärisch. Was nützen der westlichen Welt die aus einem niedrigen Lebensstandard aufgesammelten Rüstungsreserven eines Volkes, wenn seine Jugend nicht bereit ist, diesen Lebensstandard militärisch zu verteidigen?

+

+

+

- 2 -

Von der Affäre Matteotti zur Affäre Montesi

PE - Rom, Ende September

Man muß den Abend des 21. September 1954 in Rom erlebt haben, um sich eine richtige Vorstellung davon zu machen, welche große Bedeutung die Affäre Montesi für das italienische Volk gewonnen hat. Wie ein freudiger Aufschrei durchlief die Nachricht von der Verhaftung Piero Piccionis und Ugo Montagnas die Stadt. Wildfremde Menschen riefen sie einander zu, schüttelten einander die Hände, tranken einander über die Tische der Osterien hinweg zu. Die Extrablätter der Zeitungen wurden den Verkäufern aus den Händen gerissen. Jeder wollte mit eigenen Augen die Meldung lesen, auf die das ganze Land seit Wochen und Monaten mit leidenschaftlicher Spannung wartete.

Warum das alles? Weshalb dieser Jubel darüber, dass ein junger Jazzmusiker und ein Schieber hinter den Eisentoren des Gefängnisses von Regina Coeli verschwunden sind?

Die Antwort auf diese Frage ist einfach genug: weil diese beiden Verhaftungen endlich einen handgreiflichen Beweis dafür bilden, dass in Italien die Justiz nicht nur die Armen und Namenlosen zu fassen weiß, sondern auch Ministersöhne und reiche Geschäftemacher mit besten Beziehungen nach oben. Bis zur Einigung Italiens vor noch nicht einmal hundert Jahren war in allen den Staatswesen, die bis dahin den "geographischen Begriff" Italiens ausmachten, Gewaltherrschaft, Willkür und Klassenjustiz eine allgemeine Regel, die nur seltene Ausnahmen kannte - etwa dort, wo es sich um österreichische Besitzungen handelte. Viele Jahrhunderte lang konnte sich so im Italiener die berechtigte Überzeugung herausbilden, dass stets der Reiche und Mächtige gegenüber dem kleinen Mann Recht erhält, dass die ganze Staatsmaschinerie lediglich den Machtinteressen einer kleinen Oberschicht zu dienen habe.

Wohl entstand auch in Italien mit der Einigung wenigstens der Form nach ein Rechtsstaat mit den dazugehörigen Einrichtungen einer unabhängigen Justizpflege und Magistratur. Aber dieser Rechtsstaat hatte ein kurzes Leben und wurde nur zu bald von der faschistischen Diktatur abgelöst, die von neuem die Rechtsbeugung zum obersten Prinzip erhob.

Am Anfang dieser Diktatur stand ein Verbrechen: die Beseitigung des sozialistischen Kammerabgeordneten Matteotti durch eine Bande von faschistischen Meuchelmördern. Damals wurde der Aufschrei der Empörung, der durch das Land ging, mit dem Knüttel unterdrückt, wurde das Parlament entmacht, die Presse geknebelt. Mussolini erhielt sich an der Macht und Italien versank für zwei weitere Jahrzehnte in eine Willkürherrschaft, die an die übelsten Traditionen des Absolutismus vor 1860 anknüpfte. Von neuem hatte das italienische Volk die schmerzhafteste Erfahrung machen müssen, dass jede Missetat ungesühnt blieb, wenn der, der sie verübte oder verüben ließ, zur Schlichte der Machthaber gehörte.

Jetzt aber ist die Affäre Montesi zum Probestfall für die Rechtspflege im modernen Italien geworden. An ihr mußte es sich erweisen, ob der neue, demokratische Staat ein wirklicher Rechtsstaat geworden sei oder ob in ihm unter veränderter Etikette die alte Willkür weiter bestehe. So hat sich die ganze, stets lebendige Sehnsucht des italienischen Volkes nach einer unbeugsamen Rechtsordnung, die für Hoch wie Niedrig in gleicher Weise gilt, auf den Fall Montesi konzentriert, und die Verhaftung der beiden Männer, die nach der Überzeugung des ganzen Landes die Hauptschuldigen an dem Tode Wilma Montesis sind, ist daher allerorten als ein Triumph des Rechts, aber auch als ein Triumph der Volkstimmung über alle offiziellen und offiziellen Verschleierungsversuche der obskuren Mächte der Politik und des Geldes empfunden worden.

Der Untersuchungsrichter Sepe, der sich im Laufe eines halben Jahres durch ein beispielloses Gestrüpp von Lügen, Verdrehungen und Querschüssen unbeirrbar an die Wahrheit herangearbeitet und dabei auch auf sehr hochgestellte Persönlichkeiten nicht die mindeste Rücksicht genommen hat, ist heute der populärste Mann von ganz Italien. Sein Verdienst ist es, wenn das ganze Gebäude einer bewußt irreführenden Polizeiuntersuchung radikal demoliert worden ist und wenn die wahren Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden.

Es darf aber auch nicht vergessen werden, wie ungeheuer wertvoll sich bei dieser Gelegenheit wieder einmal die Funktion einer freien Presse erwiesen hat. Nur dadurch, dass eine Anzahl mutiger Journalisten den offiziell bereits zu den Akten gelegten Fall Montesi nicht zur Ruhe kommen ließen, entstand ein solcher Druck der öffentlichen Meinung, dass die Untersuchung nochmals aufgenommen werden mußte. Hätte die Staatsgewalt, so wie in den Tagen des Matteotti-Mordes, die Möglichkeit gehabt, unliebsame Pressestimmen kurzerhand zum Schweigen zu bringen, so wäre dem Doktor Raffaello Sepe wohl nie Gelegenheit geboten worden, den Fall Montesi von neuem aufzurollen und die Männer hinter Schloß und Riegel zu bringen, die, wenn nicht alles trügt, an dem Tode der armen Wilma Montesi schuldig sind.

Hermes tritt zurück - und bleibt

F.B. Auf dem diesjährigen Bauerntag in Stuttgart hat sich der Präsident des deutschen Bauernverbandes, der ehemalige Reichsminister Hermes, entsprechend seinem bereits seit längeren bekannten Entschluß, nicht wieder zur Wahl gestellt. Begründung: Zu hohes Alter, Er zählt 76 Jahre. Daraufhin wurde er zum Ehrenpräsidenten gewählt und ein Dreimänner-Kollegium, die Landesbauernverbandspräsidenten Rothermel, Bayern; Rehwinkel, Niedersachsen und Bauknecht, Württemberg, tritt an seine Stelle. Bauknecht, der gleichzeitig Vorsitzender des Ernährungsausschusses des Bundestages ist, wird geschäftsführender Präsident.

Hermes gibt ein Amt auf und behält es doch. Seine Aufgabe bestand bisher darin, den Vorsitzenden der einzelnen Landesverbände klar zu machen, dass die Bauernverbandspolitik sich der Wirtschafts- und Außenpolitik der Regierung unterzuordnen habe. Die Opposition im Bauernverband war gegen Hermes und wollte einen neuen Kurs. Hermes gab teilweise nach, ließ aber nicht zu, dass ein Mann sein Nachfolger wird, sondern erreichte seine Absicht, dass ein Kollegium gewählt wurde, damit er nach wie vor die gleiche Funktion ausüben kann. Abgesehen davon behält er seine übrigen Ämter als Präsident der Raiffeisengenossenschaften, als Vorsitzender des Verwaltungsrates der deutschen Rentenbank und als Vizepräsident des internationalen Verbandes landwirtschaftlicher Erzeuger, einem Arbeitsgebiet, das ihm besonders liegt und dem er sich verstärkt widmen will.

Hermes ist kein Bauer gewesen, niemals hat er einen Morgen Land besessen, es ist nicht einmal bekannt, ob er Rosen züchtet, sondern stets ist er Politiker gewesen.

Nicht überflüssig sich exponieren, aber alle Fäden in der Hand behalten, ist sein Leitsatz. Der frühere Bundesernährungsminister Niklas wurde bissigerweise Hermes Vorgartenzwerg genannt. Auch die Kandidatur Lübkes ist auf ihn zurückzuführen. Er will auf diesen Posten keinen wilden Interessentenvertreter, sondern einen nüchternen Agrarpolitiker, der auch sein Ziel im Auge behält, die Landwirtschaft für die europäische Integration fit zu machen. Hermes hat oft eine rücksichtslose Personalpolitik betrieben, wenn es die taktische Notwendigkeit erforderte. Er hat den Bauernverband auch vor unüberlegten Handlungen bewahrt, aber er hat auch verhindert, dass dieser Möglichkeiten politischer Zusammenarbeit ausnutzte. Auf ihn ist es zurückzuführen, dass der Bauernverband kein echter Interessenverband ist, sondern als vorparlamentar-

rische Hilfstruppe der CDU/CSU zu dienen hat, und dass dessen Vertreter im Bundestag jedesmal klein beigehen müssen, wenn die Politik der CDU es verlangt. Es ist anzunehmen, dass er auch als Ehrenpräsident die gleiche Aufgabe erfüllen wird.

+ + +

Der NS - Block

R.G. "NS" heißt in diesem Falle Niedersachsen, und es handelt sich bei diesem Block um den Zusammenschluß der niedersächsischen bürgerlichen Parteien zu einem Wahlblock, wie er auch in anderen Ländern unter dem Motto "Vereinigt euch gegen die SPD" bei diversen Landtagswahlen strapaziert wurde. Und da in Niedersachsen im kommenden Frühjahr Landtagswahlen stattfinden werden, trifft man also zeitig seine Vorbereitungen.

Das Stichwort gab diesmal die DP, die in Duderstadt einen Landespartei-tag hielt; der Bundesvorsitzende Hellwege kündigte dort die sofortige Aufnahme von Verhandlungen mit FDP und CDU an. Reichlich merkwürdig muß es für Niedersachsen aber wirken, dass ausgerechnet die Partei die Initiative ergreift, die als ureigene niedersächsische Landespartei mit ausgesprochen welfischen Interessen und Parolen begann. Fühlt sie sich nicht einmal mehr in ihrem eigenen Hause stark genug, um den Kampf allein zu bestehen?

Dabei hat die DP, so gut ihr im Bund die Koalition mit Adenauers Partei gefallen mag, mit einem allzu engen Anschluß an die CDU nicht gerade gute Erfahrungen gemacht. In Schleswig-Holstein hat sie ihre sämtlichen Abgeordneten, fünf an der Zahl, an die CDU verloren, und sie schloß sich im jüngst vergangenen Wahlkampf in Schleswig-Holstein mit der dortigen Heimatpartei zu heftiger Fehde gegen die CDU zusammen.

Prinzipientreue zählt also offenbar nicht zu den bevorzugten Tugenden der Deutschen Partei, die einst so viel von Welfentreue erzählte. Jetzt propagiert Hellwege die Blockbildung mit der CDU, und der niedersächsische Wähler mag raten, ob sich das Welfchen nur einen Schafspelz anzog oder ob es schon längst kein Welfchen mehr ist.

Verantwortlich: Peter Raucau